

Regierungs-Koalition verliert Mehrheit

WELT-Umfrage: CDU wird stärkste Partei - Zufriedenheit stark gesunken - Jeder Zweite für Neuwahlen

von Ira von Mellenthin

Gut zwei Jahre nach der Regierungsübernahme durch die Koalition aus CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP befürwortet eine knappe Mehrheit der Hamburger Bevölkerung sofortige Neuwahlen. Gleichzeitig hat sich die Akzeptanz der Bürger für die Arbeit des Senats unter Hamburgs Erstem Bürgermeister Ole von Beust deutlich verschlechtert. Dennoch könnte die CDU bei vorgezogenen Bürgerschaftswahlen ihren Vorsprung gegenüber der SPD nochmals steigern. Aber: In der derzeitigen Konstellation hätte sie keine Mehrheit mehr. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid, das am Dienstag und Mittwoch im Auftrag der WELT 1000 Wahlberechtigte befragt hatte. Die Fehlerquote beträgt plus/minus drei Prozent.

Emnid-Experte Torsten Schneider-Haase schließt aus dem Umfrageergebnis, dass die Zufriedenheit mit der Senatsarbeit "signifikant abgenommen" habe. Der Reflex, dass die Akzeptanz der Regierungsarbeit zur Halbzeit einer Legislatur abnehme, sei durch die Entlassung von Innensenator Ronald Schill durch Ole von Beust am 19. August zunächst gestoppt worden. Jetzt habe sich der "tendenzielle Abwärtstrend" deutlich stabilisiert.

Trotz der fehlenden Mehrheit geht der Demoskop davon aus, dass die Mitte-Rechts-Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode halten kann. Viele Landesregierungen, vor allem aber die Bundesregierung in Berlin, hätten derzeit keine Mehrheiten in der Bevölkerung hinter sich. Dies bedinge aber keine Neuwahlen. In Hamburg fehlten zur erforderlichen Mehrheit nach der derzeitigen Lage zudem nur die Stimmen der FDP.

Parteipräferenz zur Bürgerschaftswahl: Würde an diesem Sonntag neu gewählt, entfielen auf die CDU 41 Prozent der Stimmen. Die Schill-Partei erreichte mit fünf Prozent gerade die erforderliche Hürde, die Liberalen würden mit drei Prozent deutlich daran scheitern. Die SPD käme auf 35 Prozent, die Grünen würden mit 13 Prozent gewählt. SPD und GAL würden somit mit 48 Prozent die Mehrheit erzielen. Die CDU wäre zwar mit Abstand die stärkste Kraft, müsste jedoch in die Opposition gehen.

Gegenüber der Emnid-Umfrage der WELT im August könnten die Christdemokraten ihr Stimmenanteil um drei Prozent verbessern. Gegenüber der Bürgerschaftswahl im September 2001 würde sich die CDU sogar um 14,8 Prozent steigern. Für Thomas Schneider-Haase ist dadurch belegt, dass die Akzeptanz des Ersten Bürgermeisters in seiner eigenen Partei weiterhin besonders hoch ist.

Die SPD würde die von SPD-Spitzenkandidat Thomas Mirow und Hamburgs SPD-Landeschef Olaf Scholz als sicher erklärten 37 Prozent mit derzeit 35 Prozent unterschreiten. Gegenüber der letzten Umfrage blieben die Sozialdemokraten in der Akzeptanz der Wähler konstant. Das Bürgerschaftswahlergebnis von 36,5 Prozent würde jedoch erneut nicht erreicht.

Die Partei des ehemaligen Innensensors bliebe trotz der Rückkehr des Landesvorsitzenden Ronald Schill auf dem bisherigen Tiefststand in diesem Herbst. An die im September vor zwei Jahren überraschend erzielten 19,4 Prozent kann die junge Partei in keinem Fall anschließen. "Auf Grund der Fehlertoleranz ist auch keinesfalls sicher, dass die Schill-Partei wieder ins Parlament oder gar in die Regierung einziehen könnte", so Schneider-Haase.

Hamburgs Liberale sind derweil gegenüber August mit jetzt drei Prozent deutliche in der Wählergunst gesunken. Im August erzielte die FDP noch fünf Prozent und blieb damit um nur 0,1 Prozentpunkt hinter dem Bürgerschaftswahlergebnis zurück.

Die Grünen der Stadt bleiben mit den 13 Prozent stabil. Gegenüber September 2001 könnten sie mit 4,4 Prozent jedoch deutlich zulegen. Schneider-Haase begründet den gestiegenen Zuspruch mit dem "allgemeinen Bundestrend". So blieben die Grünen bundesweit weitgehend von einer "Abstrafungsaktion" der SPD verschont.

Parteipräferenz zur Bundestagswahl: Wäre am Sonntag Bundestagswahl, würde die CDU in Hamburg ebenfalls stärkste Kraft. Die Christdemokraten kämen auf 37 Prozent und könnten sich gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 8,9 Prozentpunkte, gegenüber August um vier Prozentpunkte verbessern. Auf die Sozialdemokraten entfielen bei einer Bundestagswahl am Sonntag 32 Prozent. Gegenüber September 2002 stürzte die SPD damit um zehn Prozent ab, gegenüber August um zwei Prozent. Die FDP würde sechs Prozent der Stimmen erhalten, dasselbe Ergebnis wie im August. Gegenüber der Bundestagswahl würde sie 0,8 Prozent verlieren.

Die Schill-Partei würde die Fünf-Prozent-Hürde wie vor gut einem Jahr mit vier Prozent nicht erreichen. Gegenüber der Umfrage im Herbst würde sie drei Prozent verlieren.

Die Grünen könnten ihr bislang höchstes Bundestagsergebnis von 16,2 Prozent um 0,8 Prozent verbessern. Auch gegenüber August könnte sie sich nochmals steigern - um zwei Prozent.

Zufriedenheit mit der Arbeit des Senats: Mit der Arbeit der Mitte-Rechts-Koalition und des von ihm gestellten Senats sind derzeit nur noch 42 Prozent zufrieden. Mehr als die Hälfte der Befragten, 53 Prozent, erklärten, unzufrieden zu sein. Noch im August war das Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung der Senatsarbeit fast genau umgekehrt. 52 Prozent lobten die Arbeit, 43 Prozent kritisierten sie. Zwischen Frauen und Männern werden die Leistungen des Kabinetts offenbar unterschiedlich bewertet. So sind Männer mit 51 Prozent unzufriedener als Frauen (55 Prozent).

Bei den Wählern der oppositionellen SPD und GAL ist die Unzufriedenheit naturgemäß bei den Wählern der oppositionellen SPD und GAL am höchsten ausgeprägt. So stößt die Senatsarbeit bei 85 Prozent grüner Wähler und 71 Prozent sozialdemokratischer Wähler auf Ablehnung. Am zufriedensten sind mit 70 Prozent CDU-Wähler, gefolgt von 62 Prozent der FDP-Wähler und 52 Prozent der Schill-Wähler.

Neuwahlen: Der Wunsch nach Neuwahlen in Hamburg ist derzeit ausgeprägter als im August. So befürworten jetzt 51 Prozent der Wähler den vorzeitigen Abbruch der Legislaturperiode. 47 Prozent sprachen sich dafür aus, die Koalition fortzusetzen. Im August erklärten 50 Prozent der Befragten, das Mitte-Rechts-Bündnis solle weiter regieren. 48 Prozent waren dagegen. Am stärksten verbreitet ist der Wunsch nach Neuwahlen unterdessen mit 81 Prozent bei Anhängern der GAL. Weitaus geringer ist die Wahlfreude bei Anhängern der SPD. Dort sprachen sich 69 Prozent für Neuwahlen aus. Wähler der CDU, der FDP und der Schill-Partei lehnen mit 19, 23 und 26 Prozent vorgezogenen Wahlen mehrheitlich ab.

Artikel erschienen am 5. Dez 2003

[Artikel drucken](#)

© WELT.de 1995 - 2004